



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Krisis in den Vereinigten Staaten. 2.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Krisis in den Vereinigten Staaten.

2.

David Wilmot, ein Repräsentant von Pennsylvanien, wollte die Bewilligung der geforderten Summe von der Bedingung abhängig gemacht wissen, daß die Sklaverei von den neuen, durch den Frieden zu erwerbenden Gebieten ausgeschlossen bleiben sollte, und das Haus trat am 6. August 1846 seinem Vorschlag bei. Der Antrag wie der Beschluß waren um so gerechtfertigter, als die Sklaverei nirgends in Mexico bestand. Aber der Senat ließ den Vorschlag fallen und rief, während seine Annahme der Sklaverei eine Grenze gesetzt hätte, die weiteren Ansprüche und Forderungen des Südens zu Gunsten der Sklaverei hervor. Darum scheiterten auch alle Bemühungen, das Wilmotproviso unter einem andern Titel zum Gesetz zu erheben. Doch die brennende Frage des Tages ließ sich endlich nicht länger mehr verschieben; die Zulassung und Organisation der neuen Territorien mit oder ohne Sklaverei mußte entschieden werden. Von einer Sitzung der andern überwiesen, fiel sie zuletzt dem 31. Congresse anheim. Er trat am 3. December 1849 zusammen und hat durch seinen Beschluß in dieser Angelegenheit eine nicht beneidenswerthe Berühmtheit in den Annalen der amerikanischen Geschichte sich erworben. Am 31. December 1849 beantragte Root von Ohio im Hause: daß das Territorialcomité angewiesen würde, diesem unverzüglich eine Bill vorzulegen, welche für die Errichtung von Territorialregierungen sorgte und die Sklaverei in allen von Mexico an die Vereinigten Staaten abgetretenen Gebieten verböte. Dieser Antrag gelangte nach heftiger Debatte am 4. Februar 1850 zur Abstimmung, und wurde mit 105 gegen 75 Stimmen verworfen. Darauf rief in beiden Häusern die texanische Grenzbill einen langen und heftigen Kampf hervor und endigte mit einem Compromiß über die nachstehenden Punkte:

1. Grenzregulirung von Texas; dessen Verzichtleistung auf alle gegen die Vereinigten Staaten erhobenen Ansprüche, wofür diese zehn Millionen von der texanischen Staatsschuld übernehmen; sodann Errichtung einer Territorialregierung für Neumexico, welches seiner Zeit mit oder ohne Sklaverei, so wie es seine Constitution vorschreibt, als Staat aufgenommen werden soll.

2. Errichtung einer Territorialregierung für Utah, mit derselben Bestimmung über Sklaverei wie bei Neumexico.

3. Zulassung von Californien mit seiner die Sklaverei ausschließenden Constitution.

4. Auslieferung und Jagdgesetz gegen flüchtige Sklaven.

5. Unterdrückung des Sklavenmarktes im Districte Columbia.

Die gehässigste dieser Compromißbestimmungen war das Sklavenjagdgesetz (Fugitive Slave Law). Nach ihm kann jeder Sklavenbesitzer, sobald er nur die auf Grund zweier Zeugenaussagen amtlich constatirte Flucht eines Sklaven bewiesen hat, diesen im ganzen freien Norden jagen und vor den Commissar schleppen, der dann, auch auf die oberflächlichsten Beweise hin und bei der nur halbwegs stimmenden Identität der Person, den Ergriffenen in die Sklaverei zurückschickt. Also nicht die gesetzliche Jury, sondern ein abhängiger, von dem entsprechenden Gerichtshof zu ernennender Beamter, der Commissar, entscheidet über die vom angeblichen Eigenthümer des Schwarzen vor ihn gebrachten Thatfachen, über die Freiheit oder Knechtschaft des Mannes. Der Staatenmarschall, der die Verhaftsbefehle des Commissars zu vollziehen sich weigert, hat 1000 Dollar Strafe zu zahlen, die der verfolgende Eigenthümer erhält. Alle Bürger sind verpflichtet, zur schleunigen und wirksamen Ausführung dieses Gesetzes behilflich zu sein. Dabeistehende können zur Hilfe aufgefordert werden und verfallen in Strafe, wenn sie nicht helfen; ja wer einen Flüchtling in seinem Entrinnen aus der Gewalt des Agenten unterstützt, oder wer ihn beherbergt oder verbirgt, so daß seine Entdeckung und Verhaftung verhindert wird, verfällt in eine Geldstrafe bis zu 1000 Dollar oder eine Einsperrung bis zu sechs Monaten, und hat außerdem noch 1000 Dollar Entschädigung an den Eigenthümer zu zahlen. Die Beute, welche die Sklaven einsangen, bekommen fünf Dollar, je nach Verdienst und Arbeit. Ueberweist der Commissar den Sklaven an seinen Besitzer, so erhält er zehn Dollar, thut oder kann er es nicht, so bekommt er nur fünf Dollar. Die aus dem Transport erwachsenden Kosten, die erforderliche Bedeckung des Verurtheilten mit Beamten, werden aus dem Schatze der Bundesregierung bezahlt; die Sklaverei war mithin eine nationale Angelegenheit geworden.

Gleich die ersten Anwendungen des Fugitive Slave Law waren wenig geeignet die ob seiner Annahme laut gewordenen Befürchtungen zu beschwichtigen; es entfaltete sich über das ganze Land eine wahre Terreur Noire. Während die südlichen Häscher nur theilweise in den Beamten willfähige Werkzeuge fanden, und während sie bei ihren Arretirungen, mit wenigen servilen Ausnahmen, fast überall auf den bewaffneten Widerstand des Volkes stießen, suchte die Regierung das von ihr geschaffene Gesetz mit den äußersten Mitteln durchzuführen. Freie Schwarze, die schon seit Jahrzehnten unbehelligt im Norden gelebt hatten, wurden auf nichtsagende Indicien hin an die sich als Eigenthümer Ausgebenden ausgeliefert und mit Gewalt in den Süden schleppt. Männer, die den Commissaren trotz deren Aufforderung keine Hilfe bei Arrestationen der Schwarzen leisten wollten, wurden für diese Unterlassungssünden als Verräther vor Gericht gestellt. Auf jede Freisprechung

antwortet die Executive mit einer neuen Verfolgung, als wenn ihr die über die ganzen Vereinigten Staaten ausgestreute Zwietracht und Corruption nicht genügt hätte.

Die Zeit, welche unmittelbar auf das Compromiß von 1850 folgte, war arm an hervorstechenden Ereignissen. Der Grund für diese scheinbare Ruhe lag theilweise in der Ermüdung der Parteien, theilweise in den Vorbereitungen zur Präsidentenwahl von 1852, welche bald alle Thätigkeit der Politiker in Anspruch nahm. Pierce, eine bisher den meisten Wählern, selbst dem Namen nach, unbekannte Größe, war das Product dieser Wahl. Er wurde mit einer seit Jacksons Zeiten nicht erlebten Majorität, von den Sklavenhaltern des Südens in Verbindung mit den Demokraten des Nordens, zum 14. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. In seine Zeit fällt die Eröffnung des 33. Congresses vom 5. December 1853. Es lagen demselben verschiedene wichtige Fragen zur Entscheidung vor, welche aufs Engste mit den Interessen und der Entwicklung der Union verknüpft waren. Dahin gehörte vor Allem die Pacificseisenbahn und die Heimstätte-Bill. Der Congress aber war weit entfernt eine einzige dieser offenen Fragen näher zu berühren; er hat sich zu nichts Zeit genommen, als die Sklaverei wieder in den Vordergrund zu drängen. Der alte Streit wurde durch die Nebrascabill wieder begonnen und das ganze Land in neue Aufregung versetzt. Denn die Nebrascabill hatte keinen andern Zweck als Aufhebung des Missouricompromisses, nämlich die Einführung der Sklaverei in die gesetzlich freien, nordwestlichen Gebiete.

Durch die neuen Erwerbungen aus dem mexicanischen Kriege, durch die Organisation der Gebiete Oregon und Minnesota besaßen die freien Staaten seit 1850 mehr Land und mehr Aussicht auf Stimmen im Congress, als die Sklaven haltenden Staaten, desto erbitterter kämpften also deren Vertreter für das alte Gleichgewicht oder vielmehr für ihr Uebergewicht in der Gesamtregierung. Der achte Paragraph des Missouricompromisses verbot für immer die Sklaverei in allen Theilen von Louisiana, welche nördlich vom 36. 30. Breitengrade liegen. Wie früher Illinois, Indiana, Wisconsin und Iowa, so fällt auch Nebraska in diese Kategorie. Die Nebrascabill verlangte nun aber die Aufhebung dieses Paragraphen, weil er durch die leitenden Principien der Gesetzgebung von 1850 unwirksam geworden sei; sie wollte mit anderen Worten und auf Umwegen der Sklaverei den Weg nach Nebraska bahnen.

Douglas sagte: das Missouricompromiß müßte für unwirksam und nichtig erklärt werden, weil es mit dem seit dem Compromiß von 1850 anerkannten Principe der Nichtintervention des Congresses in die Sklavenangelegenheiten der Territorien und Staaten unverträglich sei. Es handelte sich nun darum, das für Neumexico und Utah in der Sklavenfrage 1850 erlassene Gesetz auch

auf die übrigen Territorien auszu dehnen, unter denen Nebraska und Kansas den Anfang machen sollten. Diese Behauptungen, ihre Vertheidigung und Widerlegung nahm fast die ganze Congresssitzung von Anfang des Jahres 1854 bis gegen Ende Mai in Anspruch.

Die Bill selbst wurde fast gleichzeitig in beide Häuser eingebracht. Während dies am 30. Januar 1854 im Senate durch Douglas geschah, brachte sie Richardson von Illinois, der Präsident des Territorialausschusses, im Repräsentantenhause ein. Im Senate dauerte die Debatte den ganzen Februar hindurch bis zum 4. März. Er nahm die Bill am Morgen dieses Tages um fünf Uhr, nach einer stürmischen, durch die ganze Nacht hindurchgezogenen Sitzung mit verschiedenen Amendements an. Am 8. März gelangte die vom Senate angenommene Bill ins Haus. Veinabe einstimmig empfohlen vom Süden und einem Theil der nördlichen Demokraten, unterlag sie gleichwol am 21. März bei einer vorläufigen Abstimmung.

Durch einen so unerwarteten, im ganzen Norden mit Jubel begrüßten Beschluß wurden die Aussichten für die Bill zwar trübe, aber nicht verzweifelt. Sieben Wochen später, nachdem man sich eine Majorität durch Versprechungen, Anstellungen und alle sonstige Mittel verschafft hatte, welche einer herrschenden Partei für Durchführung ihrer Zwecke zu Gebote stehn, ward sie wieder auf die Tagesordnung gebracht. Während für die Verwerfung der Bill am 21. März 110 gegen 95 Mitglieder gestimmt hatten, stimmten jetzt 109 gegen 88 für ihre Wiederaufnahme. Dieser Beschluß hieß so viel, wie Annahme der Bill. Die Debatten, welche nachfolgten, wurden nur zum Scheine von der herrschenden Partei noch gestattet. Die willkürlichen Handlungen, welche sich diese in jedem Stadium der Discussion erlaubte, die wilden und rohen Scenen, die in ihrem Verlaufe vorkamen, sind dem Leser jedenfalls noch im Gedächtniß. Genug, am 22. Mai Abends elf Uhr wurde die Nebrascabill zum dritten Mal verlesen, und mit 113 gegen 110 Stimmen angenommen. Schon am 23. Mai ging die Bill an den Senat zurück, und dieser nahm sie ohne Debatte am 25. Mai mit 35 gegen 13 Stimmen an, indem 14 Senatoren aus freien Staaten sich dafür aussprachen. Diese Bill bestimmte: „Es ist der wahre Inhalt und die Absicht dieses Actes, über die Sklaverei in irgend einem Territorium oder Staate weder Gesetze zu geben, noch sie davon auszuschließen, sondern es vielmehr dem Volke daselbst zu überlassen, seine innern Einrichtungen ganz nach seinem Willen zu treffen, und sie höchstens der Constitution der Vereinigten Staaten zu unterwerfen, vorausgesetzt daß keine hierin enthaltene Bestimmung so ausgelegt werden soll, daß sie irgend ein vor dem 6. März 1820 in Kraft gewesenes Gesetz wieder ins Leben ruft, welches die Sklaverei beschützt, einführt, verbietet oder abschafft.“

Bei dieser Genehmigung ging ein Schrei der sittlichen Entrüstung durch

einzelne Staaten. In Boston entstand sogar Tumult und Aufruhr, als die Bill eben passirt war. Aus den Neuenglandstaaten lief ein Protest von 3000 Geistlichen beim Congresse gegen die Bill ein, unter denen die bedeutendsten Kirchenlichter waren. In Newyork sogar traten die hohe Finanz- und Kaufmannschaft zu verschiedenen Meetings zusammen und verdaminten einstimmig den durch die Nebrascabill beabsichtigten Vertragsbruch.

Der Kreislauf, den die Sklavenfrage seit der Selbständigkeit der Vereinigten Staaten bis auf unsere Zeit durchlaufen hat, umfaßt vier principiell von einander geschiedene Abschnitte. Der erste derselben datirt von 1787 und geht bis 1820. In ihm galt im Interesse der Freiheit das Princip der Nichtintervention des Congresses, weil ohne Widerspruch die Freiheit als national, die Sklaverei aber nur als temporär und local, anerkannt wurde. Das Missouricompromiß von 1820 entschied sich dagegen für die Intervention des Congresses und eine bestimmte Grenzlinie des Sklavengebietes, nachdem der Norden zu spät zur Erkenntniß gelangt war, daß die Sklavenhalter sich stark genug fühlten, die ursprünglich sklavenfeindliche Politik der Bundesregierung über Bord zu werfen. Dieses die Schwäche des Nordens nur ungeschickt verhüllende Balancirsystem, welches das ungerne übernommene Unglück der Sklaverei in eine freiwillig anerkannte, schwere Schuld verwandelte, dauerte bis zum Compromiß von 1850, wo die Sklaverei offen als nationale Angelegenheit proclamirt und die Intervention zu ihren Gunsten durch das Sklavenjagdgesetz als Princip aufgestellt wurde. Die Nebrascabill von 1854 endlich kehrte zur Nichtinterventionspolitik zurück, freilich mit dem großen Unterschiede, daß fortan die Freiheit nur als local, die Sklaverei aber als national galt.

Nach ziemlich genauen Berechnungen gibt es in den Sklavenstaaten der Union etwa 113000 Sklavenhalter; es kommen also ungefähr 7530 auf jeden Sklavenstaat. Ihr gemeinschaftliches Interesse concentrirt sich in der Baumwolle, welche den Nationalreichthum des Landes ausmacht und als Ueberschußproduct mit ihrem Werthe doppelt schwer wiegt. Es braucht wenig von ihrem Gesammtetrage für den innern Bedarf abgezogen zu werden, während im Norden der ganze einheimische Bedarf vom Rohertrage seiner Ernte abgeht. Vorzüglich aus diesem Grunde üben die Sklavenhalter des Südens einen so absolut bestimmenden Einfluß auf das Schicksal der Union aus; denn die in den Sklavenstaaten lebenden Weißen, welche keine Sklaven besitzen, werfen kein Gewicht in die Waagschale, sie sind ganz abhängig von den Sklavenhaltern, obgleich diese nur ein Neuntel der dortigen ganzen weißen Bevölkerung ausmachen. Die Nichtsklavenhalter zeichnen durch Armuth und Unwissenheit sich aus. In Nordcarolina konnte 1840 beim Censüs nur ein Fünftel aller Weißen lesen und schreiben. Der Gouverneur Campbell erwähnte in einem der Legislatur von Virginien eingereichten Berichte: daß

von 4614 Weißen, welche um Heirathsbewilligung einkamen, 1047 ihren Namen nicht schreiben konnten. Es liegt im Interesse der Sklavenhalter, diese Unwissenheit zu begünstigen. Das Freischulsystem der nördlichen Staaten existirt deshalb auch nicht im Süden, und je größer die Nothheit und Armut, desto größer ist die Unterwürfigkeit und Unabhängigkeit der Weißen von der besitzenden Aristokratie.

Es ist eine natürliche Consequenz dieses Verhältnisses, daß nur Sklavenhalter zu allen öffentlichen Aemtern und in den Congress gewählt werden, wie dies sogar die Constitution einzelner Staaten ausdrücklich vorschreibt. Die Sklavenhalter sind in diesem von Familie auf Familie sich vererbenden Einfluß keine bloß naturwüchsigem Politiker mehr. Sie haben politische Bildung, politischen Gemeingeist, eine ganz bestimmte politische Tradition, und während der Norden bei seiner vielseitigeren Entwicklung verschiedene oft schwer zu vereinigende Interessen verfolgt, hat der Süden nur ein einziges, alle anderen überragendes Interesse, für welches er keinen Meinungs- und Parteiunterschied kennt. Der Senat zählt unter seinen 62 Senatoren 30 Mitglieder aus Sklavenstaaten. Zu den Wahlcollegien für die Präsidentenwahl schicken die Sklavenstaaten 120 unter 290 Delegaten. Es ist also begreiflich, daß diese den Senat und durch ihn den Staatsmechanismus und die ganze Gesetzgebung zumeist beherrschen. Im Verein mit dem Präsidenten, ihrer Creatur, hatten die Sklavenhalter bisher alle Anstellungen in Händen, denn der Präsident hat zu ernennen und der Senat zu bestätigen; und zwar alle öffentlichen Beamten, vom Minister, Gesandten und Richter des höchsten Gerichtshofes an bis herunter zu dem Landagenten und Postmeister.

Außer den durch directe Vortheile gewonnenen Bundesgenossen haben die Sklavenhalter noch eine andere, wenn nicht bedeutendere, doch sicherlich ebenso wesentliche Hilfe in den großen Handelsstädten des Ostens, welche schon durch ihre große Bevölkerung eine politische Macht bilden. Es ist hier die Geldaristokratie, welche ihre Interessen mit denen des südlichen Feudaladels für identisch hält. Gibt es doch materielle Bindemittel genug, welche dies unbedingte Eingehen der höhern Bourgeoisie des Nordens in die Pläne und Ziele des Südens mehr als hinreichend erklären. Die Baumwolle, als der große Regulator des commerciellen Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und England, ist einer der einflußreichsten Factoren auf dem Geldmarkte des Ostens. Hier nimmt vor allem Newyork den ersten Rang ein. Es steht noch in demselben Verhältnisse zum amerikanischen, wie London zum europäischen Continente und beherrscht die Börsen des ganzen Landes. Ja Newyork ist insofern für die Vereinigten Staaten noch bedeutender, als London für Europa, als es den Haupteinfuhrhafen für diese bildet, wie es denn allein  $\frac{1}{2}$  aller Eingangszölle aufbringt. Banquiers, Mäkler, Schifförheder

Commissionshäuser und indirect durch sie fast alle Zweige kaufmännischer Thätigkeit sind in gleichem Maße an der Prosperität des Baumwollenmarktes theilhaftig. Diese haben aber alle ihre directen mannigfachen Beziehungen zum Süden, und wagen wegen ihres wirklichen, oft auch eingebildeten Vortheils nicht in Collision mit den Bewohnern desselben zu gerathen. Der Großhandel, seiner Natur nach schon conservativ, thut im vorliegenden Falle Alles, um jede Reibung mit den Sklavenhaltern zu vermeiden, und da er bei ihnen keinen Anstoß erregen will, so muß er ihnen einfach nachgeben. Für die Gegner der Sklavenhalter ist dies Verhältniß von doppeltem Nachtheil, denn es wird den großen Handelsplätzen des Ostens und den von ihnen abhängigen Theilen des Binnenlandes der Einfluß entzogen, den Reichthum und politische Macht erzeugen, und den Sklavenhaltern zugebracht.

Einen letzten Sieg von besonderer Wichtigkeit brachte den Sklavenhaltern eine Entscheidung des obersten Gerichtshofs des Bundes vom 6. März 1857, welche in der Sache des Negers Dred Scott gefällt wurde. Dieser Neger war von seinem Herrn vor langen Jahren in den Staat Illinois mitgenommen worden, wo die Sklaverei verboten ist, und hielt sich deshalb für frei. Das Obergericht entschied aber anders und sprach dem Herrn ein Eigenthumsrecht an dem armen Menschen zu: „weil die Heiligkeit des Eigenthums vom Bunde gewährleistet sei, so daß die Sklaverei in keinem Bundesgebiet verboten werden dürfe und jeder Bürger eines südlichen Staats, der sich im Norden mit Sklaven niederlasse, in seinem Eigenthum geschützt werden müsse.“

Die Gegner der Sklavenhalter, die Republikaner, ließen sich indeß in den letztern Jahren durch diese Niederlagen, die ihnen in der Gesetzgebung und durch die Justiz bereitet wurden, nicht entmuthigen. In Newyork bildete sich eine Gesellschaft mit zwei Millionen Dollars Capital zu dem Zwecke, in Virginien aufgegebene Ländereien zu besiedeln und mit freien Arbeitern zu besetzen. Durch solche Niederlassungen in Sklavenstaaten wollte man dahin gelangen, den Sklavenhaltern in ihren festen Burgen die Herrschaft zu entreißen und von den einzelnen Gesetzgebungen der südlichen Gebiete die Abschaffung der Sklaverei beschließen zu lassen. Man suchte ferner ein Bündniß zu schließen mit den in den Sklavenstaaten lebenden ärmeren Weißen, welche gegen die sie beherrschenden Sklavenhalter im Allgemeinen nicht günstig gestimmt sind, um so ihren Gegnern, den verbündeten Sklavenhaltern und Demokraten, durch eine neue Bewegung gegen die Sklaverei den Besitz der Macht zu entreißen.

Nach der letzten Präsidentenwahl, durch welche der Demokrat und Freund der Sklavenhalter Buchanan gewählt ward, schrieb Hinton R. Helper, der Enkel eines eingewanderten Deutschen und in Nordcarolina geboren, ein Buch: „Die drohende Krisis des Südens,“ worin er den Beweis führt, daß der

Norden sich weit rascher entwickelt habe als der Süden, und daß nichts als die Sklaverei an dem Zurückbleiben des letztern Schuld sei. Daran knüpfte er Betrachtungen über die großen Nachtheile, die daraus für die Weißen im Süden hervorgingen, und erklärte geradezu, daß er als geborner Südländer schreibe und die unerträgliche Lage seiner dortigen Landsleute für den Punkt halte, der bei der Sklavenfrage vorzugsweise berücksichtigt werden müsse. Zum Schluß stellte er die Alternative: „Entweder die Sklavenhalter willigen in sofortige Aufhebung der Sklaverei, worauf alle Sklaven sofort mit Benutzung der sämtlichen Handelsschiffe der Union nach Afrika geschafft werden müssen, oder wir besteuern ihre Sklaven zuerst mit 60, dann mit 80 und 100 Dollar für den Kopf.“ Für dieses Buch machten die Republikaner im Norden Propaganda.

Die Erbitterung der Sklavenhalter über diese Politik, welche sie mit den ärmern Weißen des Südens zu verfeinden drohte, war bereits groß, als ein zweites Ereigniß dazu kam. Es wurde ein Versuch gemacht, die Sklaven gegen ihre Herren in die Waffen zu rufen. An der Grenze von Virginien und Maryland, da wo der Shenandoah in den Potomac einmündet, liegt das Städtchen Harpers Ferry. Hier erschienen in der Nacht vom 16. auf den 17. October 1859 zweiundzwanzig Bewaffnete, überrumpelten das Zeughaus und suchten die Sklaven zum Kampf aufzurufen. In dem panischen Schrecken, der auf die That der Handvoll Menschen folgte, hätte ein Sklavenaufstand große Verbreitung finden können, wenn die Sklaven dafür reif gewesen wären. Aber sie blieben ruhig und so unterlagen die Aufwiegler, die nach der ersten Nacht im Zeughaus zurückgeblieben waren, den gegen sie aufgebotenen Bürgerwehren. Mehrere fielen, die übrigen wurden gefangen, vor Gericht gestellt, zum Tode verurtheilt und gehängt. Der Urheber dieses Versuches war ein gewisser Brown, der in Kansas für die Freistaatspartei mitgekämpft und dabei zwei Söhne verloren hatte; er wollte seine Grundsätze mit dem Schwert zur Geltung bringen und störte den öffentlichen Frieden durch gesetzwidrigen Aufruhr. Er büßte seine Thorheit mit seinem Leben; denn er wurde öffentlich hingerichtet.

Helpers Buch und der Angriff auf Harpers Ferry haben die Wuth der Sklavenhalter aufs Aeußerste getrieben. Der Comitébericht der Legislatur von Virginia über diesen Angriff schließt mit dem Antrag auf Bewaffnung der Miliz und raschere Bestrafung von ähnlichen Versuchen zur Aufreizung von Sklaven. Im Repräsentantenhause von Louisiana ward eine Resolution angenommen, welche die Affaire von Harpers Ferry für einen Angriff auf die Rechte und Vorrechte des Südens erklärt und sich dahin ausspricht, daß die fortgesetzte Feindseligkeit des Nordens und die Wahl eines Präsidenten aus der republikanischen Partei zur Auflösung der Union führen würde. In der

Legislatur von Virginia ist ein Antrag eingebracht: einen Convent von Delegirten der südlichen Unionsstaaten nach Atlanta in Georgia einzuberufen. Der Gouverneur von Louisiana empfiehlt in seiner Jahresbotschaft ebenfalls einen Convent der südlichen Staaten für den Fall des Eintritts gewisser Eventualitäten und spricht sich dahin aus, daß man die Feindseligkeiten des Nordens durch Einführung hoher, auf die Producte der nördlichen Unionsstaaten zu legenden Differentialzölle, die einem absoluten Verbote gleichkommen würden, vergelten müsse. Der Staat Arkansas hat durch ein Gesetz, das am 1. Januar 1860 in Kraft getreten ist, alle freien Neger von seinem Gebiet verbannt und bestimmt, daß jeder Neger, der nach dem 1. Januar nicht ausgewandert sei oder je zurückkehre, in die Sklaverei verkauft werden solle. Ein Gesetzentwurf derselben Tendenz liegt dem Senat von Missouri vor und soll am 1. Januar 1861 in Kraft treten. In Mississippi, Kentucky und Tennessee werden dieselben Gesetze vorbereitet. Die zu Berg fahrenden Dampfboote auf dem Mississippi sollen mit flüchtigen Negern überfüllt sein. In Charlestown im Staate Südcarolina wurde ein Mann Namens Francis Mitchell von den Gerichten zum Tode verurtheilt, weil er einem Sklaven zur Flucht behilflich gewesen war, und in Kentucky wurden 18 Bürger bloß wegen ihrer Aeußerungen über das Institut der Sklaverei verbannt. Die gesetzgebende Versammlung von Südcarolina hat eine Resolution angenommen, die es ausspricht, daß der erwähnte Staat es seinen Bürgern verschulde, sie und ihr Eigenthum gegen jeden Angriff zu schützen und daß 100000 Dollar zum Zwecke militärischer Rüstungen zu bewilligen seien. Außerdem nahm der Senat daselbst eine Resolution an, kraft welcher Südcarolina den andern Staaten des Südens anzeigt: „seines Erachtens erfordere die Sicherheit und Ehre der Sklavenstaaten gebieterisch eine schleunige Trennung von den freien Staaten der Union.“ Zugleich fordert Südcarolina die übrigen südlichen Staaten auf, die Initiative in der Losreißung zu ergreifen und macht sich anheischig sich rasch der Bewegung anzuschließen.

Besonders bezeichnend aber für die Stimmung in den Sklavenstaaten ist die folgende Petition in Maryland an die Staatslegislatur: „Wir, die unterzeichneten Bürger dieses Staats, erlauben uns der hohen Versammlung vorzustellen: daß der Staat Maryland in allen seinen verschiedenen socialen wie industriellen Interessen einer festen und entscheidenden Gesetzgebung in Betreff der Sklaven und freien Negerbevölkerung (gegenwärtig über 90,000 Seelen) bedarf, die durchgängig träge und von schlechten Sitten ist; daß die freien Neger in den Städten und Dörfern sich ansammeln und von Diebstahl oder von zeitweiliger, auf einzelne Tage oder gar nur Stunden beschränkter Arbeit existiren und keinerlei ständige Beschäftigung eingehen wollen; daß wir endlich eine große Zahl von armen, aber ehrenwerthen Bürgern unter uns

zählen, die von Rechts wegen zu solchen Arbeiten berechtigt sind, aber zum großen Schaden für diese bedürftigen Weißen durch die freien Neger ausgeschlossen werden. Selbst wenn der freie Neger derartige Arbeiten ebenso gut verrichten würde, wie die Weißen, so könnte daraus noch kein gerechtfertigter Grund gegen die Bedürfnisse und Interessen der armen Weißen hergeleitet werden. Ein solches Vorbringen ist beleidigend für unsere Bürger; denn es würde die Rechtfertigung darauf begründen, daß der freie Neger und der Weiße gleich seien. Dem freien Neger zu erlauben, mit dem weißen Bürger in industrieller Beziehung in Concurrenz zu treten, ist aber eine grobe Ungerechtigkeit von Seiten des Staats. Das ist ein Verhältniß, an welches weder die Gründer der Bundesverfassung noch die Gründer unsrer speciellen Staatsverfassung je gedacht haben. Es ist überflüssig die Thatsache zu verschleiern, daß Sklaverei und freies Negerthum nicht länger gleichzeitig in diesem Staate bestehen können. Eins muß dem andern weichen. Die Aufhebung des freien Negerthums ist zum Schutze des Eigenthums an Sklaven, wie zum Schutze der Rechte unserer weißen Arbeiterbevölkerung nothwendig. Es hilft keine vermittelnde Gesetzgebung mehr dieser Frage gegenüber. Wenn der Staat seine Integrität, als getreuer Verbündeter des Südens aufrecht erhalten will, muß er, sobald wie irgend möglich, das freie Negerthum innerhalb seiner Grenzen aufheben. Wir bitten daher: diese Versammlung wolle gesetzlich bestimmen, daß alle unsere freien Neger für Lebenszeit zu Sklaven unsrer Bürger erklärt werden.“

Während in so unerhörter Weise die Begriffe der südlichen Sklavenhalter sich verwirren und die innern politischen und gesellschaftlichen Zustände der Vereinigten Staaten, wie das Vertrauen auf eine längere Erhaltung friedlicher staatlicher und gesunder wirthschaftlicher Verhältnisse erschüttern, — ist in der letzten Zeit neuer Gährungstoff hinzugekommen.

Nach den neuesten Nachrichten hat sich nämlich die Legislatur Nebrascas gegen die Sklaverei erklärt. Dieses Gebiet ward bekanntlich unter der sogenannten Nebrascabill organisirt, welche ihre wahre Absicht, den sämtlichen Territorien die Sklaverei aufzuzwängen, unter der Bestimmung verschleierte, daß es der Majorität ihrer Bewohner überlassen bleiben sollte, die Sklaverei einzuführen oder auszuschließen. Nebraska liegt nordwestlich von Missouri, sein Klima und seine Productionsbedingungen machen die Sklaverei unvortheilhaft. Um also diesem Nachtheile zu entgehen und sich die Segnungen eines Freistaats zu sichern, schloß die Legislatur des Territoriums die Sklaverei aus, indem sie von dem auch ihr bewilligten constitutionellen Rechte Gebrauch machte. Gleichwol belegte Buchanans Gouverneur, Black, diesen Beschluß mit seinem Veto und erklärte ihn für inconstitutionell, weil nach der Entscheidung des obersten Gerichtshofs in dem Falle Dred Scotts die Sklaverei der normale

Zustand in den Territorien sei und weil erst die Gesetzgebung des organisirten Staats das Recht habe, sich für frei zu erklären. Auch in Kansas haben die Antislavenbestrebungen gesiegt. Zu Anfang setzten einige Horden, die aus Missouri einfielen, wirklich eine Verfassung durch, welche Sklaverei einfuhrte und jeden öffentlichen Zweifel an der Rechtmäßigkeit derselben mit mehrjähriger Zuchthausstrafe bedrohte. Die Verhältnisse waren jedoch auch hier wieder stärker als die Leidenschaften der Menschen. Da in Kansas der Weiße ohne alle Gefahr für seine Gesundheit arbeiten kann, so bekamen die freien Einwanderer die Mehrheit und beseitigten die Sklaverei. Nach den neuesten amerikanischen Nachrichten ist die neue freistaatliche Verfassung von der Volksvertretung angenommen worden.

Die Vereinigten Staaten grenzen jetzt an drei Meere, und nehmen mehr Flächeninhalt als das ganze Europa ohne Rußland ein. Zur Gruppe der Sklavenstaaten gehören: Maryland, Delaware, Virginien, Nordcarolina, Südcarolina, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Texas, Arkansas, Tennessee, Kentucky und Missouri mit 842,484 englischen Quadratmeilen und 9,612,870 Einwohnern, wovon die Sklavenbevölkerung 3,272,370 Einwohner zählt, mithin in den fünfzehn Sklavenstaaten nur 6,430,500 freie Einwohner verbleiben. Dagegen gehören zur freien Staatengruppe: Maine, New-Hampshire, Vermont, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut, Newyork, Newjersey, Pennsylvanien, Ohio, Michigan, Indiana, Illinois, Wisconsin, Iowa und Californien mit 642,971 englischen Quadratmeilen und 13,607,038 freien Einwohnern. Dazu kommen noch die freien Territorien Minnesota, Oregon und Washington mit 486,839 englischen Quadratmeilen, sowie ferner nach der Nebrascabil die Territorien von Neumexico, Utah und Nebraska mit 1,251,263 englischen Quadratmeilen. Das gesammte freie Gebiet zählt mithin jetzt 2,381,073 englische Quadratmeilen.

Ein bedeutender Gährungsstoff liegt ferner in der in diesem Jahre bevorstehenden Präsidentenwahl. Das Wollen und Verlangen, Hoffen und Streben einer Zeit charakterisirt sich am besten in ihren leitenden Männern, und wie Jefferson der ersten Periode ihren eigentlichen Ausdruck verleiht, wie Calhoun den Uebergang von der ersten zur zweiten bildet, so spiegelt sich in Douglas, Seward und Lincoln die gegenwärtige am deutlichsten ab.

Der Senator Stephan Arnold Douglas von Illinois ist der Mann, welcher der Sklaverei in allen neuen Territorien den Weg zu bahnen sucht; er rechnet es sich zur Ehre, obgleich ein geborner Nordländer, doch ein Politiker mit südlichen Grundsätzen zu sein. Douglas ward 1810 im Staate Vermont in ärmlichen Verhältnissen geboren, verlor früh seinen Vater, wurde darauf Schreiner und begann erst, als seine Mutter sich zum zweiten Mal verheirathete, sich im Westen des Staats Newyork dem „Rechtsgeschäft“ zu widmen. Von

dort ging er nach Cleveland in Ohio und dann wieder nach Jacksonville in Illinois, wo er zuerst Gehilfe eines Auctionators, später Schulmeister war und sich zuletzt 1834 als Advocat niederließ. Im Jahre 1835 trat er als Mitglied des Repräsentantenhauses in den Congreß, wurde nach Ablauf seiner Dienstzeit Registrator des Landamtes zu Springfield in Illinois, 1840 Staatssecretär dieses Staats und sieben Monate später Richter des höchsten Gerichtshofs. Nach zwei Jahren legte er diese Stelle nieder und begann seine Laufbahn als nationaler Politiker von Neuem. Im Jahre 1843 wurde er wieder in den Congreß gewählt und war in der Oregonfrage entschieden gegen England und später für den Krieg mit Mexico. Seit 1847 ist Douglas Senator und suchte sich von 1850 an als einen der entschiedensten Compromißmänner und Erfinder der jungamerikanischen Partei den Weg zum Präsidentenstuhle zu bahnen. Im Jahr 1857 besuchte er Europa, von wo er als unbedingter Bewunderer Louis Napoleons wie des Kaisers Nicolaus zurückkehrte. Dem letztern sagte er bei einer Revue in Petersburg: „Im ganzen westlichen Europa sah ich nur Untergang und Verwesung, aber in Ew. Majestät Staaten begegne ich überall der aufstrebenden, vielversprechenden Zukunft.“ Douglas spricht und schreibt über jede politische Frage, agitirt in Volksversammlungen und rechtfertigt seinen Beinamen: „Der kleine Riese“ durch eine beispiellose Thätigkeit und Energie. Schon 1852 fehlte wenig daran, daß er Präsident geworden wäre, und jetzt sucht er sich die Nachfolge von Buchanan zu sichern.

Der Senator W. H. Seward aus dem Staate Newyork ist der unermüdlche und ausgezeichnete Parteiführer der jüngern Republikaner; er gilt im Süden von Nordamerika als der Urheber alles den südlichen Interessen zugesügten Schadens und jeder neu losbrechenden Freiheitsbewegung. Von allen jetzigen politischen Führern hat dieser Mann die größte Zukunft vor sich, weil er nie mit den Sklavenhaltern pacificirte. Das Programm seiner Partei wurde in folgende Grundsätze zusammengefaßt: daß 1. die Regierung verpflichtet ist, das Leben, die Freiheit und Glückseligkeit der Menschen zu sichern; 2. daß die Union fort dauern soll; 3. daß die Regierung nicht berechtigt ist, irgend einer Person ohne gerichtliches Verfahren das Leben oder die Freiheit zu rauben; daß sie ebenso wenig ein Recht hat, jemanden zum Sklaven als zum König zu machen, daß sie überhaupt sich von jeder Verantwortlichkeit für das Fortbestehn der Sklaverei befreien soll; 4. daß kein neuer Staat mit Sklaverei aufzunehmen, und keine Bundesgesetze für Auslieferung von Sklaven existiren sollen; daß das Compromiß von 1850 über die Sklavenjagd in den freien Staaten unverträglich mit allen Grundsätzen der Republikaner ist; 5. daß das Banner der freien republikanischen Partei: „Freier Boden, freie Rede; freie Arbeit und freie Menschen,“ umfasse.

Man hatte geglaubt, daß die Wahl zum Präsidentschaftscandidaten in

dem Convent der republikanischen Partei zu Chicago auf den Senator Se-ward fallen werde; derselbe erhielt auch im ersten Scrutinium 173 und im zweiten 184 Stimmen, während Abraham Lincoln nur 102 und 181 Stimmen zufließen. Bei beiden Abstimmungen hatte keiner die absolute Mehrheit erhalten. Als indeß das dritte Scrutinium eröffnet wurde, schlug ein Delegirter des Staats Newyork vor, die Stimmen auf Herrn Lincoln zu vereinigen. Dieser Vorschlag fand Anklang und „Lincoln“ wurde einstimmig gewählt. In Washington verursachte diese Wahl eine so große Aufregung, daß im Repräsentantenhause die Geschäfte einige Minuten lang suspendirt wurden. Der Senator Douglas und seine Freunde erklärten sie für den schwersten Schlag, den die demokratische Partei bis jetzt erlitten habe.

Aus einem Privatbriefe aus Nordamerika entnehmen wir folgende Mittheilungen über die Laufbahn des designirten Präsidentschaftscandidaten: „Abraham Lincoln, unser nächster republikanischer Präsidentschaftscandidat, war noch mit dem zwanzigsten Jahre Farmersknecht, pflügte und spaltete Zaunspfähle, später war er Ruderknecht auf einem Flatboat, dann hatte er einen kleinen Countrystore, befließigte sich des Lesens und Schreibens bei einem Lehrer, kaufte sich juristische Bücher, fastete sie mit seinem ausgezeichneten Gedächtniß gut und richtig, trat als Advocat vor die Schranken, bekam durch sein Rednertalent große Praxis, wurde in die Legislatur als Senior gewählt, und jetzt mit 55 Jahren ist derselbe Mann in der Chicagonomination einstimmig gewählt als nächster republikanischer Präsidentschaftscandidat und wird es auch nach allem Anschein werden.“

Auf dem Convent zu Baltimore hatte die demokratische Partei den Herrn John Bell von Tennessee als Präsidentschaftscandidat und Herrn Edward Everett von Massachusetts als Vicepräsident gewählt. Auf einem am 22. Mai in Newyork stattgehabten, zahlreich besuchten, demokratischen Meeting wurden indeß Resolutionen angenommen, welche sich für Senator Douglas als Präsidentschaftscandidaten aussprachen.

Der gemeinsame Kampf gegen das Mutterland war für die ehemaligen dreizehn Provinzen, die sich bis dahin fern gestanden hatten, die Veranlassung zum Bunde. Ein Hauptinteresse, nämlich das der Unabhängigkeit, ließ alle Separatinteressen leicht übersehen. Seitdem ist das Gefühl der Sicherheit allen Theilen zur Gewohnheit geworden, und der Süden fängt an, bei der Ungleichheit seiner fernern Entwicklung sich in dem Bunde in manchem Betracht unbehaglich zu fühlen. Die gegenseitige Erbitterung geht raschen Schritts vor sich.

Bei der Fortdauer dieser Agitation, ist es kaum zu bezweifeln, daß die Union auf die Dauer nicht erhalten bleiben kann. Nach neuern Nachrichten waren in Washington bereits Flüchtlinge aus dem Süden eingetroffen, näm-

ich 32 Agenten von bostoner und newyorker Handelshäusern, denen es in Neworleans nicht mehr geheuer schien. Sie erzählten, daß im Süden die Stimmung furchtbar aufgeregter sei; man habe Nordländer ausgewiesen, überall bildeten sich Vigilanzauschüsse, und Waarenbestellungen würden in Menge wieder abgefragt. Andererseits haben circa 200 aus dem Süden stammende junge Leute, welche die guten medicinischen Lehranstalten in Philadelphia besuchten, so wie einige wenige, welche sich zu gleichem Zwecke in Newyork aufhielten, von angeblichem Patriotismus getrieben, ihren Cursus unterbrochen, um ihre Studien in ähnlichen Anstalten des Südens fortzusetzen, und der übertriebene Empfang, den man ihnen in Richmond bereitete, so wie die Rede, womit der Gouverneur Wise von Virginien sie dort begrüßt hat und in welcher er dem Norden, so wie auch England, das in Canada flüchtigen Sklaven ein Asyl bereitete, den Handschuh hinwirft, ist nicht geeignet, die Gemüther zu beschwichtigen. Schon beginnt der Süden darauf Bedacht zu nehmen, daß, im Falle einer Trennung vom Norden, handelspolitische Unabhängigkeit in den Sklavenstaaten herrsche, und nirgends fehlt es an Anstrengungen, um eine eigene Industrie zu schaffen. Es ist Thatsache, daß die Industrie der östlichen Staaten in Folge der Zurückhaltung der Käufer aus dem Süden in den letzten Monaten gelitten hat, — Thatsache ferner, daß in sehr vielen kleinen Städten die feste Absicht herrscht, Städte wie Newyork und Boston nicht zu besuchen. In Baltimore war das Geschäft in letzter Zeit lebhafter als lange zuvor, weil viele Händler aus dem Süden es vorzogen, hier ihren Bedarf, anstatt in Newyork zu nehmen. Das Alles sind zwar unbedeutende Anfänge zu praktischer Trennung auf wirtschaftlichem Felde, aber es sind Anfänge, die Beachtung verdienen und jedenfalls die Thatsache constatiren, daß die Idee einer Auflösung der Union, die früher nur in den Köpfen einer kleinen, fanatischen Partei spukte, angefangen hat, bereits vom Standpunkte kühnerer Berechnung aus behandelt zu werden.

Zu lange dauert der Streit zwischen dem Norden und Süden, und in zu regelmäßigen Steigerungen hat er sich wiederholt, als daß ein anderer Ausgang als eine Katastrophe zu erwarten wäre. Die Ereignisse treiben mit systematischer Consequenz dahin. Die Zeit der Vermittlung und der Compromisse über die Lebensfragen der Union ist vorüber.

Schon schreibt man aus Paris: „Während alle Augen nach Syrien und Italien gerichtet sind, steigt in den Vereinigten Staaten eine schwarze Wolke auf, welche von der hiesigen Presse noch ignorirt wird, wengleich sie vom größten Interesse ist. Der Süden ist entschlossen einen Gegenpräsidenten und einen Gegencongreß aufzustellen, kurz sich vom Norden zu trennen. Der Handelsstand in den Vereinigten Staaten wird bereits durch Regierungsorgane aufgefordert, sich beim Eintritt dieses Falles im Herbst auf eine Handels- und Finanzkrise, die ärger als die von 1857 sein würde, vorzubereiten. Obschon

es sich bloß um eine erst wahrscheinliche Eventualität handelt, dürfte sie doch jetzt schon der Beachtung des europäischen Publikums empfohlen werden."

Auch der Washingtoncorrespondent der Newyork Times erwähnt dieses Umstandes, demzufolge in mehreren südlichen Staaten der Union darauf hingearbeitet wird, die Union zu sprengen und zwar soll der Plan schon so weit gereift sein, daß man Agenten nach Europa geschickt habe, um zu erkunden, wie sich England und Frankreich verhalten würden, im Fall sich ein südlicher Staatenbund bildete.

Der 136. Geburtstag Georg Washingtons wurde am 22. Febr. d. J. in der seinen Namen tragenden Bundesstadt durch die Einweihung seiner von Clark Mills modellirten Reiterstatue gefeiert. Der Präsident der Vereinigten Staaten hielt die Einweihungsrede, nachdem ihm der Großmeister der Freimaurerlogen den Hammer überreicht hatte, den Washington als Präsident der Vereinigten Staaten und derzeitiger Großmeister bei der Grundsteinlegung des Capitols am 18. Sept. 1793 gebraucht hatte. Während man in solcher Weise nach beinahe siebenzigjährigem Bestehen der Republik das Andenken des großen Mannes ehrt, der sie gegründet und die nordamerikanischen Staaten vereinigt hat, ist die Wiederauflösung der Union der Gegenstand offener Drohungen und ausführlicher Erörterungen in der Presse wie in den Versammlungen. Der junge Riese ist von den Verhältnissen umgarnt, die in kaum mehr als zwei Menschenaltern sich entwickelt haben.

---

### Ein Besuch in Ferney.

Ein Besuch in Ferney, wo Voltaire die letzten zwanzig Jahre seines vielbewegten Lebens zugebracht, ist ein so bedeutender Anachronismus, daß er nur durch anhaltendes Regenwetter, welches den Reisenden an allen andern Ausflügen verhindert, gerechtfertigt werden kann. Die Schaaeren von Reisenden, die einst „den Weisen von Ferney“ in seinem Asyl aufsuchten, der Ehrgeiz, den Satyr des achtzehnten Jahrhunderts von Angesicht gesehn zu haben, die stolz ablehnende Haltung des eiteln Freundes des großen Königs — alles das ist längst verraucht und halb vergessen. Selten wird der Name des bewunderten Aufklärers noch genannt, und weit sind wir, Gott sei Dank, über jene frivole Ignoranz hinaus, die sich in der bekannten Lästerung „ecrasons l'infame“ ausdrückt. Aber wenn es, wie diesen Sommer, in Genf vom